

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. jährlich. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten und Post-Geschäftsstellen, nehmen zu gegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. Nachsendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreis: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teil 20 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Tages- und Platzveränderungen bedürftigen. Anzeigen für die Reichweite des Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 werden nach Möglichkeit angenommen bis vor 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 269 — 92. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresde

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 17. November 1933

Die Entwicklung des deutschen Handels.

In diesen Tagen, in denen Vertreter des deutschen Handels sich in Braunschweig zusammensind, um sich immer fester, immer enger zusammenzuschließen, muß es von besonderem Reize sein, auf die bescheidenen Anfänge dieses Handels, der dann so mächtig emporwuchs und alle Märkte der Welt eroberte, hinzuweisen. Im ganzen neigt man dazu, den Handelsbetrieb in der Frühzeit deutschen Gewerbestandes zu unterschätzen. Es gab aber schon im frühen Mittelalter in täglich wachsender Zahl Leute, die aus dem Handel im Umherziehen einen Beruf machten, die die Erzeugnisse der Landwirtschaft und die Erzeugnisse des Hausfleißes gegen Schmuckwaren, Waffen usw. eintauschten. Denn trotz der Bemühungen schon Karls des Großen um Hebung des Münzwesens blieb zunächst der Geldverkehr sehr gering. Anfangs blieb der Handel im wesentlichen Binnen- und Grenzhandel, und einen festen Handelsstand gab es lange nicht, wie denn z. B. Mönche mit ihren kunstgewerblichen Erzeugnissen handelten, so daß ihnen gelegentlich das Häusliche verboten werden mußte. Vor allem aber ist zu bemerken, daß der Handel in den Händen fremder Kaufleute lag, italienischer, slawischer, südlischer.

Jahrzehntlang dauerte es, ehe sich einheimische Kaufleute durchsetzen konnten, aber es kann nicht oft genug betont werden, daß es nicht Handelsgesellschaften, daß es nicht Großbetriebe waren, die den deutschen Handel vorwärtsbrachten und großgemacht haben, sondern daß der einzelne Mann, der „Einzelhandel“, der mit eisernem Fleiß, mit bewundernder Sach- und Fachkenntnis für sich allein, damit aber für das ganze Volk arbeitete, im Laufe der Jahrhunderte dem deutschen Handel sein hohes Ansehen in der Welt verschafft hat. Insbesondere waren es die Friesen, die, während das übrige Land sich vornehmlich der Landwirtschaft widmete, sich als ein wirkliches Handelsvolk zeigten: sie brachten Wein von der Mosel die Flüsse hinauf und trieben einen ausgedehnten Tuchhandel. Daß die ersten Kaufleute untreu, also, wie die ersten Handwerker, von einer Grundherrschaft abhängig gewesen seien, ist nicht nachweisbar. Ein Hauptteil des städtischen Handels wurde von den Handwerkern getragen, die für das, was sie herstellten, Absatz suchten und fanden. Das eigentliche Arbeitsfeld der ersten Kaufleute war indessen der Handel mit Gewürzen, Weibrauch, feinen Tüchern und kostbaren Stoffen, Edelsteinen usw., daneben mit Wein, Öl, Getreide, Wachs und dergleichen. In drei Gebieten vor allem entwickelte sich der Handel nach und nach lebhafter. Das eine Gebiet lag im Süden, war aber nicht, wie erst viel später, wesentlich nach Italien gerichtet, sondern nach Byzanz. Der Punkt, der, auf allem Römerrboden gelegen, in Deutschland diesen Handel beherrschte, war von alterher Regensburg: reiche Regensburger Kaufleute gingen bis in den slawischen Osten hinein, nach Kiev und Moskau, und holten von dort orientalische Waren.

Im Westen, auch auf altem Kulturboden, lag das zweite wichtige Handelsgebiet. Mainz, „das goldene Haupt des Reiches“, war dort das alte Zentrum und behauptete seine allgemeine Bedeutung viele Jahrzehnte, bis es vor Köln, besonders wegen des Seehandels nach England, zurücktreten mußte. Unter den deutschen Kaufleuten in England, die schon um das Jahr 1000 besondere Vorrechte oder vielmehr Gleichberechtigung mit den englischen Kaufleuten gegen bestimmte Abgaben erlangt hatten, sind die Kölner am wichtigsten. An der Nordsee, an den Rheinmündungen aber lag der Haupthandel in den Händen der bereits erwähnten Friesen, die auch den Rhein hinauf bis Mainz handelten. Dieser friesische Handel beruhte indessen, soweit er Tuchhandel war, weniger auf der einheimischen Erzeugung als auf den von ihm verbreiteten bunten, englischen Tüchern, Mänteln usw. Ein gewaltiges, neues Gebiet aber öffnete sich für den deutschen Handel immer mehr im slawischen Osten. Hier erstreckte sich der Handel auf Rohstoffe (Welle, Salz, Wachs, Honig), auf Pferde und auf — Menschen.

Die Könige und Kaiser haben den Handel geschützt. Schon Karl der Große stellte alle fahrenden Kaufleute unter seinen Schutz; die deutschen wurden von Fremden als „des Kaisers Kaufleute“ bezeichnet. Auch rechtlich ist ihren besonderen Belangen Rechnung getragen worden. Im Schutze der Reichsgewalt hat sich der Handel als wirtschaftlich folgenreicher Faktor entwickeln können. Der Kaufmann konnte den zunehmenden Wohlstand der Bevölkerung, das Bedürfnis nach feinerer Gestaltung des Lebens ausnützen, selbst Wohlstand erringen und sich soziales Ansehen geben. Um immer weiter zu kommen, half er sich durch Zusammenschluß mit anderen: erst die gemeinsamen Gruppenfahrten in fremde Länder verbürgten den Erfolg. Solche Vereinigungen entstanden zunächst für die Seefahrt, weil der einzelne selten allein ein Schiff ausrüsten und mit Waren füllen konnte. Aus

Deutsche Friedenspolitik

Berlin—Warschauer Annäherung.

Die Bedeutung des Berliner Abkommens.

Das Ergebnis der ersten Unterredung des Reichsanzlers Adolf Hitler mit dem neuen polnischen Gesandten Lipski ist eine gemeinsame deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung. Schon vor zwei Monaten wurde bei einer ähnlichen Besprechung mit dem Vorgänger des Gesandten vereinbart, daß alle Anstrengungen für eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen gemacht werden müßten. Es ist erfreulich, daß schon jetzt ein erstes praktisches Ergebnis vorliegt. Die Reichsregierung gibt damit wieder einen

neuen tätigen Beweis für ihre friedliebende Politik.

Man erinnert sich, wie schon vor dem Regierungswechsel in Danzig gewisse Auslandskreise mit Unterstützung der Danziger Marxisten Tendenzgerüchte des Inhalts zu verbreiten versuchten, eine nationalsozialistische Regierung in Danzig wäre gleichbedeutend mit sofortigen Schwierigkeiten zwischen Danzig und Polen. Bekanntlich trat das Gegenteil ein. Die Beziehungen zwischen Danzig und Polen waren noch nie so ausföhrlich wie seit den erfolgreichen Bemühungen der Regierung Kaufmann.

In noch weit höherem Maße strahlt diese Berliner Abmachung alle gegen die nationalsozialistische Regierung ausgebreiteten Hejerei-Lügen. Die Berliner Verhandlungen erhalten noch ein besonderes Gewicht dadurch, daß sie

aus freier Initiative der Polen entstanden

sind. Nichts ist bezeichnender, als daß die deutsch-polnische Gewaltverzichtserklärung in Paris nicht nur auf der stärksten Überraschung, sondern geradezu eine gewisse Erbitterung verursacht hat, ein Beweis dafür, daß jede wahre Friedenspolitik der französischen Politik direkt zuwiderläuft und ihr höchst unbecquem ist. Und auch bei dieser Gelegenheit zeigt sich Frankreich als der alte Friedensstörer: die Pariser Presse hat teilweise nichts Besseres zu tun, als auch hier wieder die Aufrichtigkeit der Reichsregierung anzuzweifeln, wie das ja auch Sarraut und Paul-Boncour in ihren Erklärungen vor der Kammer dieser Tage, mehr oder weniger umschrieben, getan haben. Insbesondere versucht der Warschauer Vertreter der halbamtlichen französischen Sabas-Agentur,

eine Gegenlinie

zu legen, indem er die Territorialfrage aufwirft, nach einer deutschen „Garantie für den Korridor“ sowie einem „Verzicht auf Danzig“ fragt und der Reichsregierung unterstellt, sie wolle durch ihre Politik vor allem „die gemeinsame Front zwischen Frankreich, Polen und der kleinen Entente zerlören“. Der „Petit Parisien“ spricht in diesem Zusammenhang die ausschloßreiche Besorgnis aus, Deutschland könne solche Abkommen auch mit anderen Nachbarstaaten, „insbesondere mit der Tschechoslowakei“, schließen. Geht den Herren in Paris vielleicht ein Licht darüber auf, daß die Zeitentwicklung über die französische Diktatpolitik allmählich hinweggeht?

Frankreich könnte sich in der Tat an den Berliner Besprechungen ein Beispiel nehmen, wie man in direkte Verhandlungen miteinander tritt, ohne vorher eine unübersteigbare Mauer von Vorbehalten und Bedingungen zu errichten und damit jede wirkliche Verhandlung von vornherein aussichtslos zu machen.

Das wird auch außerhalb Deutschlands erkannt. Es will schon etwas heißen, wenn die gewiß nicht besonders deutschfreundliche Londoner „Morning Post“ im Hinblick auf die Berliner Besprechungen mit deutlicher Wendung an die Adresse Frankreichs schreibt: „Insbesondere

soll man Deutschland freie Hand lassen,

auf dem Wege der friedlichen Mittel die bestmögliche Lösung der Korridor- und der Oberschlesienfrage zu erhalten.“ Und es erscheint als eine erfreuliche Einsicht,

ähnlichem Grunde bildeten sich früh Karawanen zu Lande. Solcher Zusammenhalt ergab sich dann weiter auch draußen, wo man in fremden Markorten gemeinsame Häuser für Lagerung der Waren und für Unterkunft errichtete. Der Zusammenschluß verlor dann häufig den vorübergehenden Charakter und erhielt sich, dem genossenschaftlichen Geiste des Mittelalters entsprechend, auch dabei. Die Kaufmannsgilden, die in vielen, besonders in niederländischen Städten auftraten, sind dafür ein Zeugnis. Diese Gilden bildeten die Vorstadien der Hanse.

wenn polnische Zeitungen, die die Berliner Meldung groß aufmachten, u. a. schreiben: „Eine besondere Bedeutung gewinnt die Tatsache durch den Umstand, daß Deutschland nicht mehr dem Völkerverband angehört und daß die gegenwärtige Form des Schiedsverfahrens weit vollkommener ist als die von Locarno.“ Selbstverständlich betont die Warschauer Presse dann, daß die internationale Politik Polens in nichts abgeändert werde.

Gleichviel, das Berliner Abkommen hat zunächst einmal eine andere Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen zu schaffen begonnen. Die Gewaltverzichtserklärung hat selbstverständlich nicht das geringste mit irgend einer Art von Ost-Locarno, also mit irgendwelchen Gebietsverzicht, zu tun. Wohl aber eröffnet sie die Möglichkeit zu weiteren Besprechungen zwischen Deutschland und Polen, vor allem über die Minderheiten-, die Oberschlesien- und die Wirtschaftsfragen.

Der deutsche Gesandte in Warschau, von Polke, wurde vom Handelsminister Jarzbeck zu einer längeren Besprechung empfangen. Diese Unterhaltung steht, ebenso wie die kürzliche Konferenz mit Außenminister Beck, mit der Fortsetzung der seit mehreren Tagen unterbrochenen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen im Zusammenhang.

„Auf dem Wege zur Befestigung des Friedens mit Deutschland.“

Echo des deutsch-polnischen Abkommens.

In polnischen politischen Kreisen wird die Erklärung des Reichsanzlers Hitler dem polnischen Gesandten Lipski gegenüber als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Beginn günstiger Beziehungen beurteilt und ebenso lebhaft erörtert. Der Besuch des französischen Votschafters beim Außenminister Beck dürfte unser anderem auch in diesem Zusammenhang erfolgt sein. Die Warschauer Presse widmet dem Berliner Bericht über die Unterredung zwischen dem Reichsanzler und dem polnischen Vertreter die größte Aufmerksamkeit. Die Überschrift des regierungsfreundlichen „Kurjer Czerwony“ lautet „Auf dem Wege zur Befestigung des Friedens mit Deutschland“ und „Bedeutungserklärung über die Nichtanwendung von Gewalt“. Die Erklärung des Reichsanzlers bezeichnet das nationaldemokratische Blatt „ABC“ als

„eine zweifellosgünstige Entscheidung“.

Der rechtsoppositionelle „Kurjer Warszawski“ erwartet von dem Fortgang der deutsch-polnischen Besprechungen vor allem die Regelung der Handelsbeziehungen sowie eines Teiles der politischen Fragen.

Auch in England findet die deutsch-polnische Abmachung starke Beachtung. Die Überschrift des „Star“ lautet

„Eine wirkliche Friedensbewegung“.

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, so heißt es in der Neukermeldung, „dann bedeutet diese Abmachung einen äußerst wichtigen Schritt zu einem stabilen Frieden in Europa“. — In Danzig wird die Abmachung mit Befriedigung aufgenommen.

Der „Paris Soir“ bezeichnet die deutsch-polnische Annäherung als ein

internationales Ereignis, wie man es seit Locarno nicht mehr erlebt

habe. Der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag bewirkt keine Entfernung Polens von seinen Verbündeten. Die deutsch-polnische Annäherung könne vielmehr eine Annäherung derselben an Deutschland fördern. Aber eines der mächtigsten Hindernisse für Befestigung der Beziehungen zwischen Paris und Berlin sei somit ausgeschaltet.

Dr. Leh Schirmherr für den Tag des deutschen Handels.

Der Stabsleiter der Politischen Organisation der NSDAP und Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Leh, hat die Schirmherrschaft für den nächsten Sonntag in Braunschweig stattfindenden Tag des deutschen Handels übernommen. Die Hauptrede auf der Kundgebung am Sonntagvormittag hält der Präsident des Reichshandels des Deutschen Handels, Dr. v. Kentele.